

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)

130 (20.7.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-226290](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-226290)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolphstraße Nr. 1.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate die vierspaltige Seite 10 a
bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitung Nr. 4757.

Abonnement
bei Vorauszahlung frei ins Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 M.
für 2 Monate . . . 1,40 „
für 1 Monat . . . 0,70 „
excl. Postgebühren.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 130.

Bant, Donnerstag den 20. Juli 1893.

7. Jahrgang.

Das Unterstützungswesen bei der Postverwaltung.

In einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ findet sich eine Unterredung des Unterstützungswesens bei der Reichs-Postverwaltung, die interessant genug ist, hier mitgeteilt zu werden, und es werden nicht nur die Interessen, sondern auch die anderen Leser mit Nutzen die Ausführungen darüber lesen.

Es wird dem „Vorwärts“ geschrieben:
Der „Vorwärts“ war, wie schon öfters, auch jüngst in der Lage, Schildern zu können, in welcher Weise sich das „Wohlmollen“ der Postverwaltung verhält, je mehr die unteren Beamten in Frage kommen, daß von allen Fonds — und deren sind es gar viele und gewaltige — die Tropfen, die nach unten durchsickern, vergleichbar sind mit den Brosamen, die von der Herren Tischle fallen. Einen weiteren Beweis dafür liefert die „Deutsche Postzeitung“ in folgender Notiz:

Außerordentliche Unterhaltungen sind jüngst an einzelne Beamte folgender Chargen gezahlt worden: Posträthe z. 600 M., Kassirer 150 M., Ober-Postdirektions-Sekretäre 100 M., Postsekretäre 60 M., Bureau-Affistenten 50 M., Postschaffner (nur bei den D.-P.-D.) 50 M., Hilfsboten (nur bei den D.-P.-D.) 45 M., Ober-Postassistenten 45 M., Assistenten (nicht-etatsmäßige, bei den D.-P.-D.) 40 M.

Zwar ist in dieser Notiz der etatsmäßigen Postassistenten und des großen Heeres der etatsmäßigen Unterbeamten außerhalb der Ober-Postdirektionen keine Erwähnung gethan. Wenn wir jedoch auch annehmen, daß einige der ersteren mit 30 M., einige der letzteren mit 20 M. bedacht worden sind, so besteht zwischen den 600 M. der Herren Posträthe und den 20 M., resp. dem Nichts der Unterbeamten ein so himmelweiter Unterschied, daß ein näheres Eingehen auf diesen Gegenstand geboten erscheint.

In den Postetat pro 1893/94 sind unter Titel 8 und 38 über 1 1/2 Millionen Mark eingestellt, die „zu Unterhaltungen an bedürftige Beamte und Unterbeamte“ dienen sollen, deren jährliches Dienstverdienst den Betrag von 4500 M. nicht übersteigt. Nur „ausnahmsweise“ soll dieser Fonds zur Unterhaltung „höher besoldeter Beamten“ in „außerordentlichen Bedarfsfällen“ benutzt werden. Das Durchschnittseinkommen eines Postrates in Berlin beträgt 6000 Mark. So müssen also die mit 600 Mark „Unterhaltung“ bedachten Posträthe „ausnahmsweise“ in einer bedrängten Lage gewesen sein! Wie aus dem in der Generalversammlung des Berliner Post-Spar- und Vorschußvereins am 27. März d. J. verlesenen Resolutionsprotokoll hervorging, daß von geheimen expedirenden Sekretären im Reichs-Postamt außerordentliche Einlagen in Höhe von 400 M. gemacht worden wären, so bietet die in Nr. 44 des Post-Amtsblattes vom 26. Juni d. J. veröffentlichte „Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der Post-Spar- und Vorschußvereine während des Jahres 1892“ ganz dieselbe Erscheinung. An außerordentlichen Einlagen in genannten Vereinen im Vorjahre die Summe von fast 1 Million Mark zugeführt worden (in Berlin allein über 1/2 Million). Fragt man, von wem? so wird aus den Rechen der unteren Postbeamten als einmüthige Antwort klingen: Von uns nicht; wir nehmen den Verein nur in Anspruch, wenn wir, getrieben von bitterster Noth, pumpen müssen. Haben doch die Vereine im Vorjahre nach genanntem Bericht über 5 Millionen Mark gegen 4 1/2 im Jahre 1891 an Vorschüssen bewilligen müssen, was eine Steigerung um fast 1/2 Million Mark bedeutet. Auf der einen Seite Answellen der außerordentlichen Einlagen, auf der anderen Seite bedeutende Zunahme der Vorschüsse; dort Ueberfluß, hier bitterster Mangel.

Wenn es wahr wäre, was der Minister von Preußen kürzlich im Abgeordnetenhaus sagte, nämlich „daß jede Forderung von Staatsmitteln zur Befämpfung von Nothständen von einer demoralisirenden (entfittigenden) Wirkung begleitet ist“ — wenn das wahr wäre, sagten wir, sollte dann diese „demoralisirende Wirkung“ nicht mit der Höhe der gemähten Summen steigen? Nein, nein, das kann nicht sein, — diese Wirkung äußert sich nur bei Unterstützung in homöopathischen Dosen à 20 oder 30 M., wie sie z. B. den unteren Postbeamten gemäht wird.

*) Die große Masse der Post-Hilfsboten kommt nach der von „oben“ gegebenen Parole überhaupt nicht in Betracht. Diese müssen vielmehr bei ihrer Berechtigung einen Revers unterschreiben, nach dem sie sich jeder Ansprüche auf Unterstützung zu enthalten haben.

Ein anderes Bild.
Um an Beamte in außergewöhnlich verantwortlichen Stellungen Entschädigungen zu gewähren, wurde vor drei Jahren der Titel 29 a des Postetats (Stellensulagen) neu geschaffen. Unter diesem Titel gelangt fast 1/2 Million Mark zur Veranschlagung. Jedoch von den Ober-Postassistenten bis zu den unteren Beamten ist ein weiter Abstand. Während die Ersteren mit 145 M. pro Kopf an dieser Summe partizipieren, entfallen auf die Ober-Postassistenten nur noch 14 M. (die etatsmäßigen Postassistenten sind hier von vollständig ausgeschlossen), auf die Postschaffner 8 M., auf die Stadtpostboten und Paketträger 3 M. und auf die Landbriefträger gar noch nicht mal 1 M. pro Kopf. Will man dies Verhältnis noch drastischer zur Anschauung bringen und rechnet man die den Beamten außer dem Gehalte noch gewährten „Zulagen“ und „nichtpensionsfähigen Zulagen“ hinzu, so ergibt sich folgendes Bild:

8 105 etatsmäßige „höhere“ Beamte der Betriebs-Verwaltung bis herab zum Postsekretär einschließlich . . . 251 580 M.**)
49 071 etatsmäßige Postassistenten u. Unterbeamte b. Betriebsverwaltung 254 750 M.***)

Also 14 Prozent der gesamten etatsmäßigen Beamten beziehen fast 50 Procent der beiden Fonds.

Hat sich die Postverwaltung bis jetzt wohlweislich gehütet, eine statistische Uebersicht der aus den Unterstützungsfonds (Tit. 8 und 38) an die einzelnen Beamtenkategorien gewährten Summen zu veröffentlichen, so gestattet doch erstens die oben mitgetheilte und besprochene Notiz der „Deutschen Postzeitung“ ganz interessante Einblicke in das Unterstützungswesen bei der Postverwaltung, und zweitens gewährt uns der in Titel 29 a festgelegte Vertheilungsmodus der „Stellensulagen“ ganz sichere Rückschlüsse auf den Verbleib der „Unterhaltungen“.

Wie sind diese geschilderten Vorgänge, die einer geringen Anzahl Begünstigter so große Summen in den Schooß werfen, nun zu erklären, wie ist Abhilfe zu schaffen?

Es ist ein hervorzuhebendes Merkmal unseres jetzigen Gesellschaftszustandes, daß, je unangenehmer, je schwerer, je härter die Arbeit, je länger die Arbeitszeit ist, eine desto miserablere Bezahlung stattfindet; umgekehrt ist, je leichter, je angenehmer die Arbeit, je kürzer die Arbeitszeit, desto besser die Bezahlung, bis schließlich die Inhaber von Stellen, mit denen keine oder fast keine Arbeit vorhanden ist, die höchsten Gehälter in Anspruch nehmen. Und nicht allein dieses. Alle Fonds, auch diejenigen, die für die große Masse bestimmt sind, kommen immer wieder in erster Linie denen zu gute, die an und für sich schon im Besitz des höchsten Einkommens sind. Das, was aus die unteren Klassen fällt, sind nur geringfügige Bruchtheile.

Während diese Verhältnisse mit der kapitalistischen Gesellschaft eng verachsen sind und nur mit dieser aus der Welt geschafft werden können durch eine starke Arbeitervertretung, durch die Sozialdemokratie, kann der Antisemitismus keine andere Erklärung dieser Zustände geben als den Ausspruch: „Es ist Alles verjudet“. Wie er aber unter dieser Fiktion die Wirkungen des staatlichen und sogar christlichen Kapitals beschneiden, wie er den doch von Staats ausgebeuteten unteren Beamten eine den Kulturverhältnissen entsprechende menschenwürdige Existenz verschaffen will, das ist sein Geheimniß. Auch diejenigen der Postassistenten und Unterbeamten, die in ihrer Verblendung das während der letzten Wahlen von antisemitischer Seite an die Postbeamten gerichtete Flugblatt unterschrieben haben und sich von Postsekretären als „Kameraden“ und „Kollegen“ tituliren lassen, ohne zu bedenken, daß der Abstand zwischen ihnen dem eines Herrn und Dieners gleicht, werden sich sagen müssen, daß die Befestigung der hier geschilderten Zustände, die Verbesserung ihrer Lage denn doch von ganz anderen Faktoren abhängig ist, als von der Verminderung des angeblich jüdischen Einflusses.

Politische Rundschau.

Bant, den 19. Juli.

Der Sekretär des Reichshausamts v. Rakshahn tritt bestimmt zurück. Als Nachfolger wird der Unterassistent v. Schraut genannt. Bestimmtes über die Wiederbesetzung des Postens liegt noch nicht vor.

Gestern Nachmittag fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

**) Darunter 25 200 M. „nicht pensionsfähige Zulagen“.

**) Darunter 600 M. (3) „nicht pensionsfähige Zulagen“.

— Wie verlautet findet am 6. August in Frankfurt am Main eine Konferenz der Finanzminister der deutschen Bundesstaaten im Beisein und wahrscheinlich unter Vorsitz Miquel's statt. Jedenfalls werden auf dieser Konferenz die Steuerpläne ausgebelehrt, die dem zum Herbst zusammenzutretenden Reichstag vorgelegt werden sollen.

— Die Materialbeiträge zur Deckung der Kosten der Militärvorlage belaufen sich nach dem dem Reichstag zugegangenen Nachtragsetat für Preußen auf 14 074 000 M., Bayern 2 628 000 M., Sachsen 1 645 000 M., Württemberg 956 000 M., Baden 778 000 M., Hessen 466 000 M., Mecklenburg-Schwerin 271 000 M., Braunschweig 189 000 M., Oldenburg 166 000 M., Anhalt 127 000 M., Hamburg 292 000 M., Elbisch-Lothringen 753 000 M., Weimar 153 000 M., Meiningen 105 000 M.; die Beiträge der übrigen Staaten betragen unter 100 000 M.

— Bei der Reichstagsnachwahl in Rinteln-Hofgeismar hat keiner der aufgestellten Kandidaten im ersten Wahlgange gefiegt. Es erhielten Landrath v. Buttler (konf.) 4854, Dr. König-Witten (Antif.) 4232, Endemann (nat.) 2211 und Marfus (Soz.) 1745 Stimmen. Es hat demnach eine Stichwahl zwischen v. Buttler und Dr. König stattgefunden.

— Die Freisinnige Volkspartei hat am Sonntag ihren Parteitag beendet. Einem Zentralausschuß wurde übertragen, dem nächsten Parteitag ein Programm vorzulegen. Ein Antrag von Max Kirch, in dasselbe einen Passus einzubringen, der „die Verbesserung der Lage der arbeitenden und weniger bemittelten Klassen“ betont, wurde vom Antragsteller selbst zurückgezogen und als zweideutiges Material der Programmkommission überwiesen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche Eugen Richter die Anerkennung des Parteitages ausdrückt. Nach Schluß des Parteitages fand ein Festessen statt, auf welchem Eugen Richter dem Kaiserthum ausbrachte.

— Der Landrath scheint sich oft als den Träger der höchsten Nothstoffkommission und der allerhöchsten Weisheit zu fühlen. Aus dem Ministerlande wird ein Schreiben veröffentlicht, welches ein Geistlicher wenige Tage vor der Reichstagswahl von dem Landrath des betreffenden Kreises erhalten hat. Das Schreiben lautet:

Hochwürdigster Herr Kaplan!

Dem Vernehmen nach sehen Sie es als einen Theil Ihrer geistlichen Amtspflichten an, gegen die von der königlichen Staatsregierung beschlossene Aemterreform zu agitiren. Sie gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß es sich um ein Wehr oder Weniger von Steuern handelt. Das ist falsch.

Es handelt sich zunächst darum, die Läden in der Keme zu schließen, welche dadurch entstanden sind, daß das Wohlmollen der Regierung die Dienstpflicht des katholischen Klerus aufgehoben hat, und sodann darum, unsere Krone ja fast zu machen, daß sie das Eigenthum der Bürger unseres Landes gegen verheerliche Einfälle zu schützen im Stande ist. Diese Aufgabe ist wohl einigermassen Opfer wert, und trotzdem werden weder Sie noch die von Ihnen schlecht bewachten Gemeindeglieder erhebliche Summen dazu beitragen. Es ist ja sogar noch Geld genug vorhanden, den der Regierung so feindselig gesinnten Kaplanen ihre Dienstzeit auf die Gehalt anzurechnen, so werden sich ja wohl auch ohne Ihre Zustimmung die Mittel finden, welche die Sicherheit unseres Landes dringend erfordert. Aber erlaublich finde ich es nicht, wenn geistliche Herren ihre Aufgabe darin suchen, die Landesfinanzen gegen die Maßnahmen ihres Landesherren auszureizen, und ich fürchte, das Ansehen Ihres Amtes wird nicht dadurch wachsen.

Ich hoffe nicht darauf, daß Sie diese Aufgabe überzigen werden, da Sie ja nicht einmal die annehmlichste Auffassung Ihres vorerlegten Wilschloß berücksichtigen, ich weiß aber sicher, daß ich nie vergessen werde, welche politische Rolle der jüngere katholische Klerus in kritischer Zeit gespielt hat.

Die feste Ueberzeugung habe ich jedenfalls dabei erlangt, daß von allen Herrschaftsformen, die es giebt, ungewissheit die schädlichste und ungerechteste die Kaplanatone ist, weshalb sie auch sehr rasch abgeworfen werden wird.

Doqschantschewski und ergebene

R.

Die Kaplanokratie scheint nicht sehr erschreckt von dem landrätlichen Jorneraus zu sein, denn ihre Presse hat es leicht, denselben zu verächteln. Sie weiß, daß derselbe Herr Landrath, der sich heute als Jupiter aufspielt, morgen vielleicht bereits a. D. oder i. D. ist. Der Landrath, der so bedacht darauf ist, den Kaplan an die Wahrung des Ansehens seines Amtes zu erinnern, sollte um so mehr an das Ansehen des eigenen Amtes denken, welches er gewiß durch seine noch dazu vergebliche Schulmeisterei nicht erhöht.

— Einen Streif seltsamer Art würden unsere Nürnberger Genossen für den Fall, daß sie bei der Landtagswahl, was bei dem vermehrten bayerischen Wahlrecht sehr leicht möglich ist, die Mehrheit der Stimmen, aber nicht die Mehrheit der Wahlmänner erlangt hätten, in Anspruch haben. Bei der Wahl der Abgeordneten müssen sich wenigstens zwei Drittel der Wahlmänner betheiligen, und um die Wahl in erwähntem Falle zu vereiteln, hätte eine

Zahl der sozialistischen Wahlmänner, über ein Drittel der Gesamtzahl, sich von der Wahl ferngehalten. Die Vorbereitungen waren getroffen. Da die Teilnahme an der Wahl durch die Aufregung der Terminlofen und Verläumdungsbildung für die erschienenen Wahlmänner erzwungen werden kann, so waren 90 Wahlmänner (und zwar in sicheren Bezirken) aufgestellt, welche nichts besaßen und daher die Fährnis ruhig riskieren konnten. Es wäre also gegen das wider die Nichtbesitzenden gerichtete Wahlgesetz der Nichtbesitzung ausgeübt und dadurch ermöglicht worden, daß die vier Nürnberger Landtagsmitglieder sechs Jahre unbesetzt blieben. Daraus geht als mit diesem Mittel hätte die Verwerflichkeit des absurden bayrischen Landtagswahlrechts nicht demonstriert werden können. Diesmal war es nicht nötig, von ihm Gebrauch zu machen, denn die Reaktion ist geschlagen. Da aber an eine Reform des Gesetzes sobald nicht zu denken sein dürfte, bietet sich uns vielleicht die nächstjüngste Wahl die Gelegenheit, die reaktionären Parteien ihre Sünden am eigenen Leibe spüren zu lassen.

„Ein Merkmal der Zeit“ — unter dieser Epigramme erzählt das „Kleine Journal“ folgenden Vorfall: „Der Assessor L., jüdischen Glaubens, welcher dem Dienstalter, seinen Zeugnissen und Leistungen, nach sich berechtigt glaubte, sich um eine Amtsgerichtsstelle zu bewerben, erhielt auf sein diesbezügliches Gesuch einen ablehnenden Bescheid. In einer hierauf bei dem Herrn Justizminister v. Schelling nachgesuchten Audienz erklärte Herr von Schelling, daß er den augenblicklichen Strömungen nachzugeben gezwungen und daher vorläufig nicht in der Lage sei, einen Juden als Richter anzustellen. In derselben Weise äußerte sich der Präsident des königlichen Kammergerichts, Herr Drentmann. Wir fügen noch hinzu, daß Herr v. Schelling, dessen humane und liberale Gesinnungen bei seinen Untergebenen allgemein geschätzt werden, dem Herrn Assessor L. gegenüber sein persönliches Bedauern über diesen Schritt, zu dem ihn die Verhältnisse drängen, besonderen Ausdruck verliehen hat.“ Was mag wohl Herr Herrlich Hilbesheimer hierzu sagen, der so eifrig unter den Juden für die Militärvorlage agitirt und dafür auf besondere Belohnungen der Juden gehofft hat? frägt die „Germania“.

Zu dem kürzlich aus Württemberg berichteten Fall, unter der Epigramme „Duellunfug“, wo ein Oberförster wegen seiner Weigerung, sich zu duellieren, vom Bezirkskommando gebojotet wurde, wird der „Frl. Jtg.“ noch weiter gemeldet: Der Oberförster ist vor kurzer Zeit aus einem kleinen Bezirksförstern nach einer Garnison des Oberlandes versetzt worden. Noch ehe er an seinem neuen Bestimmungsort angelangt war, erhielt sein Vorgesetzter, der Forstmeister, den Besuch des Regimentskommandeurs, der die Erklärung abgab, daß das Offizierskorps der Garnison mit dem anziehenden Oberförster in keinerlei Verkehr treten werde! — Es würde sich hiernach also um einen Fall gesellschaftlicher Achtung handeln, wie er im Süden noch nicht erlebt worden ist. Weil ein Oberförster ein Duell mit einem Justizreferendar ablehnt, wird über ihn ein über das ganze Land sich erstreckender gesellschaftlicher Boykott verhängt. — Es ist das eigentlich nicht anders zu erwarten, weil die bürgerliche Gesellschaft vom Geiste des Militarismus durch und durch durchtränkt ist.

Nachahmenswerth für beteiligte Kreise. Aufsehen erregt es, daß Prinz Max von Sachsen, bei dieser Tage plötzlich den Militärdienst aufgab, ohne Begleitung nach Eichtädt abgereist und dort in ein Kloster gegangen ist. Dieser Entschluß soll auf den Einfluß des Bischofs W a h l - Dresden zurückzuführen sein.

Der Hamburger Senat bevollmächtigte dem neuernannten Hafenarzt, die ankommenden Seeschiffe behufs

Verhütung der Einschleppung ansteckender Krankheiten zu verordnen, speziell die aus verdächtigen Gegenden kommenden eingehenden in Auge zu behalten; auch länger im Hafen liegende Schiffe sollen bezüglich solcher Krankheiten übermachtet werden. In Epidemiezeiten können alle Fahrzeuge vom Hafenarzt täglich revisirt werden. Bisher sind keinerlei verdächtige Erkrankungen gemeldet.

Das in letzter Zeit vielfach genannte Würzburger Militärgericht verurtheilte dieser Tage die Sergeanten Karl Klog und Adam Kofruch sowie den Unteroffizier Paul Kober, sämtlich im 5. Chevauleger-Regiment in Saargemünd, wegen fortgesetzter Ungehorsamkeit zum Nachtheile des Militärdienstes zu 6 Monaten Gefängnis und Degradation. Die Verurtheilten trieben in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsführer über die Remontepferde resp. als Futtermeister mit dem für die Pferde zugemessenen Hafer einen einträglichen Handel mit Privaten, wobei sie nach Annahme der Anlage einen Gewinn von insgesamt gegen 600 Mark erzielten. Die Pferde kamen bei der Sache natürlich schlecht weg; ihnen wurden täglich nahezu 3 Pfund Hafer von der festgesetzten Ration (11 Pfund) abgezogen. Den also „eingesparten“ Hafer bewahrte man unter den Augen des Hafermagazin-vorarbeiters Klein und des Magazinleiters Hesse im Hafermagazin auf, füllte ihn später in falsche Säcke um und fuhr diese auf Militärfuhrwerk oder auch Privatfuhrwerk zu den verschiedenen Abnehmern. Soldaten mußten dabei öfter noch beschliffen sein. Man sieht, es lag System und Raffinement in dem Vorgehen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine lange Liste über die unterm neuen Kurie im Monate Mai und Juni wegen politischer und ähnlicher Vergehen verhängten Strafen. Im Monat Mai wurde insgesamt auf 2 Jahre, 8 Monate und 20 Tage Gefängnis und auf 3289.40 Mark Geldstrafe erkannt; im Monat Juni auf 14 Jahre Zuchthaus, 7 Jahre, 3 Monate und 27 Tage Gefängnis und auf 1462 Mark Geldstrafe. Unter diesen Strafen sind die jüngst bei dem Leipziger Hochverratsprozeß gegen die Anarchisten Schönberger, Grafer, Müller und Lanius erkannten mit eingeschlossen. Die erkannten beiben haben zusammen 14 Jahre Zuchthaus und je 10 Jahre Erwerbsverlust erhalten, während Müller 1 Jahr 6 Monate und Lanius 1 Jahr Gefängnis erhielten.

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Das französische „Freiheitsest“ ist diesmal käuflich verlaufen. „Einen so traugigen 14. Juli haben wir noch nie gehabt“, schreibt man dem „Vorwärts“ von hier. Und wie sollte es auch anders sein? Ein Volksfest ohne Volk, d. h. ohne das arbeitende Volk, ist eine Satire auf seinen Namen. Und das arbeitende Volk in Frankreich hat am Jahrestage des Vauhallensturms überall theils durch Fernbleiben von den offiziellen Feierlichkeiten, theils durch positive Kundgebungen gegen die herrschende Regierung und das herrschende System protestirt. An dieser Thatsache läßt sich durch die albernsten Berichte, daß die Strafen trotzdem gefällt, die Illuminationen sehr prächtig gewesen seien, nichts ändern. Die Strafen — und das gilt auch von anderen Ländern — sind bei jeder Schauffelung gefüllt; dazu genügt der Mob. Und Illuminationen besagen überhaupt nichts. Das klassenbewusste Proletariat Frankreichs, welches soeben nur durch seine Besonnenheit einen Staatsstreik und einer Massenmeuterei entgangen ist, trägt sich gegenwärtig mit keinem anderen Gedanken, als durch die jetzt beginnende Wahlkampagne die Regierung zu stürzen, und die Republik dem kapitalistischen Ausbeutertum zu entreißen. Die Kongresse, die seit einigen Tagen in oder bei Paris verammelt sind: Der Kongreß der Arbeitsschöner, der Kongreß der Gewer-

schaften und der Kongreß der sozialistischen Gemeindevertretungen (in St. Denis) haben nach dieser Richtung hin dem Willen der Arbeiterklasse Ausdruck und den Wählern massen eine Richtschnur gegeben.

Schweiz.

Bern, 17. Juli. Ueber die Ausweisung des bekannten Dr. Hans Müller, ehemaliger Redakteur der „Basler Volksstimme“, läßt sich die „Frankf. Jtg.“ noch nachträglich von hier schreiben: Die schweizerische Polizei setzt sich in den letzten Jahren in der Praxis der Ausweisungen groß und aktiv, während auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens und der Sozialreform eine lässige Hand das Scepter führt. Die Abschiebung unbenommener Leute ist eben gar bequem und sie dient auch dazu, etliche Sessel zu befestigen. Mit der Zeit dürfte diese Abschiebungspolitik wirkungslos werden, denn es ist nachgerade schwer geworden, sie genugsam zu begründen und dem Volke plausibel zu machen. Uns nunmehr wahrlich, wie der Bundesrat die Ausweisung des Dr. Hans Müller rechtfertigen will, wenn er die kantonale Ausweisung zur eidgenössischen erweitern sollte. Was der Müller verdorben? Im Grunde nichts Gefährliches, das gegen die seine Gesinnung keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er den Grundgedanken der Sozialdemokratie huldigt. Nachdem in längeren Ausführungen über die bisherige Thätigkeit Müller's berichtet, fährt das genannte Blatt wie folgt fort: Dieses Frühjahr doktorirte er, was ihm den Zutritt zu den obersten Beamtenkreisen der kleinbürgerlichen Stadt erschloß. Auf seine Anregung hin wurde beschlossen, eine sozialpolitische Revue nach dem Muster der „Neuen Zeit“ in Stuttgart herauszugeben, an welcher er als Verleger, ein junger Bundesbeamter, Dr. Otto Bullshäger aus Jönigen, als leitender Redakteur, und ein starker Stab bekannter Beamter, Professoren und sonstige Schriftsteller als Mitarbeiter aufzutreten sollten. Das Unternehmen schien zu gelingen, manchen Politiker aber, die jetzt in Bern tonangebend sind und sich in eine Bergewaltigungsdunst hinein verloren haben, droht es unbenommen zu werden; durch die Ausweisung Müller's hofft man diese junge sozialpolitische Schule zu vernichten. Ein solches Gerücht, welche die Ausweisung Müller's rechtfertigen könnten, sind nicht ausjupitieren. Einige Publikationen, die Müller zugesprochen werden, sind nicht entfernt so heftig, wie jene der deutschen Flüchtlinge vor vierzig Jahren. Die Schweiz von heute muß im Spiegel jener Zeit erstehen; die kienlichen Ausweisungen sind das Symptom eines traurigen und unergiebigen Geistes, der unsere schweizerische Politik erfüllt, den künftige Jahrhunderte kaum begreifen, für den sie nur Hohn und Spott haben werden und der selbst in manchen monarchischen Staaten keine Stätte finden könnte.

Schweden-Norwegen.

Christiania, 18. Juli. Das Storting hat mit 70 gegen 42 Stimmen einen Antrag angenommen, wonach Einkommen zwischen 600 und 800 Kronen steuerfrei bleiben sollen.

Parteinachrichten.

Die Beibehaltung des ursprünglichen Termins für den internationalen Arbeiterkongreß erfolgte hauptsächlich auf den Wunsch der Engländer, deren Trades-Unions-Kongreß im September zu Belfast (Irland) stattfindet. Und die Engländer rüsten zu besonders zahlreichem Besuch. Auch für Deutschland hätte die Verchiebung große Unbequemlichkeiten gehabt, da wir im September die sächsischen Landtagswahlen und im Oktober unseren Parteitag haben. Uebrigens erkennen die Franzosen die Tristigkeit dieser Gründe an und werden den Kongreß selbstverständlich befehlen.

Eine Revolution für den König von Preußen.

Von Aug. Heine.

Rachdruck verboten.

Revolution! Blutige Revolution mit Barrikaden, Tobten und Verwundeten — welsch schreckliches Bild für jeden ruhigen Bürger. Schon der Gedanke daran grenzt an Hochverrath. Ich will nun hier aber von einer blutigen Revolution erzählen, welche von den Anhängern des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm IV. im Namen des Königs unternommen wurde. Allerdings muß ich gleich hinzufügen, daß diese blutige Revolution „pour le roi de Prusse“ d. h. für den König von Preußen war. Mit dieser Redensart bezeichnet der Franzose eine Arbeit, die nichts einbringt.

Einleitung: Zwischen der Schweiz und Frankreich lag früher das souveräne preussische Fürstenthum Neuchâtel, deutsch Neuenburg. Gegenwärtig bildet dieses ehemalige Fürstenthum den Canton Neuchâtel der schweizer Republik. Das Ländchen hat vielleicht eine Größe von 13 Quadrat-Meilen, ist sehr gebirgig und grenzt nach der Schweizer Seite zu an den schönen Neuchâtelsee. Dieser ist 6 Meilen lang, 1 1/2 Meilen breit, sehr tief und sehr reich. Am Seegestade ist das Klima milde. Es gedeiht ein vorzügliches Wein. Im Gebirge hingegen kann Ackerbau nur wenig betrieben werden, dagegen stark Viehzucht. Die Neuchâteller sind berüht wegen ihres Kunstseides, Uhren- und Spigenfabrikation bilden die Hauptbeschäftigungen der Bewohner. Die Hauptstadt ist Neuenburg, französisch: Neuchâtel am Neuchâtelsee, damals mit 6000 Einwohnern, heute das dreifache. Die Einwohner der Seegegend waren meist königlich gekleidet. Der Hauptstern der republikanischen Partei war das hoch im Gebirge liegende Städtchen La Chaux de Fonds (sprich: La Schöch de Fong) berüht wegen seiner Uhrenindustrie. Das Fürstenthum hatte zur Zeit unserer Geschichte 56000 Einwohner, jetzt etwa das Doppelte. Montagnards, d. h. Gebirgsbewohner und Republikaner war zu jener Zeit

ein gleichlautender Begriff. Spottweise wurden die republikanischen Montagnards auch „votours“, „Geier“ genannt, während jene, die royalistischen Thalbewohner mit „Bignobles“ (Weinprozen) oder Sumpfsproten bezeichnete. Die Sprache dort ist die französische. Fast sämtliche Einwohner gehören der reformirten Religion an. Katholiken giebt es nur wenige. Im Mittelalter eine Grafschaft der französischen Familie Conqueville, von welcher sie die Familie Oranien erbt, gelangte sie durch Erbschaft an das preussische Königshaus, da der sogenannte große Kurfürst eine Prinzessin von Oranien zur Frau hatte. Im Jahre 1707 also fiel das Fürstenthum an die Familie der Hohenzollern. Die Einwohner aber huldigten dem König von Preußen aber erst, nachdem solcher die Verfassung beschworen und jeder neue König mußte den Neuchâtellern erst den Eid auf ihre Verfassung leisten, bevor er als Fürst von Neuchâtel von ihnen anerkannt wurde. Im Jahre 1806 mußte König Friedrich Wilhelm III. von Preußen das Fürstenthum an Napoleon abtreten. Im Jahre 1814 nach Napoleons Sturz jedoch wurde das kleine Gebirgsland an den König von Preußen zurückgegeben.

Die Bürger aber waren widerhaarig und verlangten, daß ihre Heimath der Schweiz zugetheilt werden sollte.

Es kam nun folgender sonderbarer Vergleich zwischen den Neuchâtellern und dem König von Preußen, Friedrich Wilhelm III. zu Stande. Der König von Preußen beauftragte und beschwor die ziemlich demokratische Verfassung, beauftragte daß das Fürstenthum Neuenburg niemals der preussischen Politik oder Staatsinteressen unterworfen werden dürfe und willigte ein, daß das Fürstenthum mit dem König von Preußen als Landesfürsten der schweizer Republik als Bundesstaat (Canton) betreten sollte. Es bildete den 22. schweizer Canton.

Die Gesamtbevölkerung des Cantons betrug bei etwa zehntausend Familien damals 61000 Franken, mithin mußte jede Familie rund 61 Franken, etwa 50 Mark aufbringen. Hieron aber erhielt der König von Preußen

einen Gehalt (Civiliste nennt man das) von 150000 Fr. so daß jede Familie für das Glück, unter der Vormundschaft eines Fürsten zu stehen, 15 Fr. jährlich bezahlen mußte. Außerdem hatte Neuchâtel 400 Mann Soldaten zu stellen, welche in Berlin standen und zur Leibgarde des Königs gehörten. Das Kommando der Neuchâteller Garde in Berlin war französisch.

Im Jahre 1830 nach der französischen Julirevolution brachen im preussischen Fürstenthum Neuchâtel Unruhen aus, das Volk der Neuenburger war darin einig, daß Reformen vorgenommen werden müssen. Ein Theil der Bevölkerung, nämlich vor allen die Uhrmacher von La Chaux de Fonds aber strebten nach der vollen Republik.

Der König von Preußen schickte den Generalmajor von Puel dorthin, welcher die nothwendigsten Reformen vorzunehmen ließ.

Die republikanische Partei aber erhob sich nun und in La Chaux de Fonds wurde die Republik erklärt. Am Morgen des 13. September 1831 wurde die Hauptstadt Neuenburg eingenommen und die preussische Regierung ergab sich den Republikanern.

Allein die schweizer Bundesregierung schickte Truppen zu Gunsten des Königs von Preußen, und dessen Regierung wurde wieder hergestellt, aus Furcht vor einem Krieg mit den Nachbarstaaten, denn in Frankreich war, statt wie man gehofft die Republik, der König Ludwig Philipp eingesetzt.

Am 17. Dezember 1831 wagten die Republikaner im Fürstenthum Neuenburg den zweiten Aufstand.

Die Gebirgsbewohner sogen abermals bewaffnet gegen die Hauptstadt, wurden aber von den Truppen der Schweiz befehligt. Dem einen Führer Alphonse Bourquin gelang es zu entfliehen. Der andere, Frederic Courvoisier wurde zum Tode verurtheilt, aber zu 5 Jahren Zwangsarbeit begnadigt. Die übrigen gefangenen Theilnehmer des Aufstandes wurden zu jahrelangem Kerker verdonnert, aber einige Jahre später ebenfalls begnadigt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Vant, 19. Juli. Die Eisenbahndirektion macht bekannt, daß am nächsten Sonntage eine Vergnügungsfahrt nach Wangerooz ab Wilhelmshaven stattfindet. Der Zug fährt von Wilhelmshaven Morgens 6.24 ab und hält auf den Stationen Vant, Marienfel, Sande, Jever, Tetten, Hohenfischen, Garm und Carolinenfel. Anfuhr des Dampfers bei Wangerooz 9.45 Vorm.; Abfuhr vom Kurhaus dortselbst 5.00 Nachm.; Anfuhr des Zuges in Wilhelmshaven 9.21 Abends. Für diesen Zug werden nur Fahrkarten 2. Klasse nach Wangerooz (frei aus Land) und fahrt in beschränkter Zahl auf den vorgenannten Stationen, auf welchen der Zug hält, ausgegeben; es empfiehlt sich daher eine Vorausbestellung bei den betreffenden Fahrkartenausgabestellen bis spätestens den 22. d. Mts. Mittags. Der Fahrpreis beträgt von Wilhelmshaven, Vant oder Marienfel 4.50 M., von Sande 4 M., von Jever 3.50 M., von Tetten, Hohenfischen oder Garm 3 M., von Carolinenfel 2.50 M.

Vant, 19. Juli. Am Sonntag Morgen hatte der Vant Radfahrerklub „Forewell“ aus Anlaß seines zweiten Stiftungsfestes ein Wettrennen veranstaltet. Die Rennstrecke betrug 3000 Meter und erhielten die Sieger recht erhebliche Preise, die bei dem zum Abend arrangierten Kränzchen zur Verteilung kamen.

Wilhelmshaven, 19. Juli. Das Spielen mit einem Schießgewehr hat über eine Familie in der Marktstraße großes Leid gebracht. Mehrere Knaben spielten, wie uns mitgeteilt wird, mit einer Flobertschiffe, als einer derselben auf einen kleinen Knaben, ohne zu wissen, daß die Schiffe geladen, zielt und abdrückt. Die Wunde war, wie angeteilt, jedoch geladen und die Kugel drang dem kleinen Knaben zwischen Auge und Nasenwurzel in den Kopf. Der verwundete Knabe wurde gleich nach dem Hospital gebracht. Ueber sein Finden und die Gefährlichkeit der Verletzung konnten wir zur Zeit nichts erfahren.

Wilhelmshaven, 19. Juli. Ueber die Farbenblindheit bei Seelenten giebt das Marine-departement des englischen Handelsamtes in einem fürlich veröffentlichten Berichte interessante Mittheilungen. Im vergangenen Jahre hatten sich zu den Prüfungen als Rapitane und Steuerleute 4688 Personen gemeldet, die auch auf ihre Farbenblindheit geprüft wurden. Davon mußten aber 31 zurückgemeldet werden, weil sie überhaupt keine Farben unterscheiden konnten; 21 verwechselten roth und grün, 205 braun mit grün, 64 konnten braun nicht von fleischfarbener, weiß, gelb oder roth unterscheiden. Die Farbe grün wurde von 32 für weiß, von 42 für fleischfarbener, von 34 für braun, von 28 für roth erklärt. Man sieht daraus, daß bei nicht wenigen Menschen das Vermögen der Farbenunterscheidung mangelhaft ist, und daß sogar völlige Farbenblindheit, d. h. die Unfähigkeit, Farben überhaupt zu unterscheiden, auch bei verhältnißmäßig vielen Personen gefunden wird, gemäß obigen Zahlen etwa bei einer unter 151. Für den Dienst auf Schiffen und bei der Eisenbahn, überhaupt da, wo Farbenunterscheidung von Wichtigkeit für die Sicherung von Leben und Eigenthum wird, ist ein normales Farbenunterscheidungsvermögen der bediensteten Personen durchaus erforderlich. In Deutschland sind deshalb auch schon seit längerer Zeit beständige Prüfungen der Eisenbahnbeamten vorgeschrieben. Die Prüfungen werden gewöhnlich in der Weise angefaßt, daß dem Kandidaten eine große Menge farbiger Wollbündel vorgelegt wird, mit der Aufgabe, aus diesen die hellgrünen sowie die purpurrothen herauszusuchen und zusammenzulegen. Legt er nun zu den grünen Bündeln auch graue oder gelbe, dagegen die rothen rein zusammen, so ist er theilweise farbenblind, legt er aber auch zu den rothen irrtige Farben, so ist er ganz farbenblind.

Wilhelmshaven, 19. Juli. (Von der Marine.) Kreuzerfregatte „Arkona“, Kommandant Korvettenkapitän Hofmeier, ist am 17. d. M. in Buenos-Ayros eingetroffen. — Kanonenboot „Wolf“, Kommandant Kapitänleutnant Reichmann, ist gestern in Saigon eingetroffen und geht am 28. d. M. nach Bangket in See zu gehen.

Hepden, 19. Juli. Am vergangenen Montage, Abends 8 1/2 Uhr, fand im Rosch'schen Gasthause eine Gemeinderatssitzung statt, in welcher folgendes beschlossen wurde: Punkt 1. Betreffend Zuführung und Kanalisierung des Tombeichgrabens geschieht die Ausführung der Kosten, wie die Interessenten es wünschen, in folgender Weise: Die nicht direkt anliegenden Grundbesitzer und zwar zwischen dem Tombeich, der Ulmen- und Söderstraße, mit Ausnahme von Hayungs und Wellmann, welche Weide anderweitige Entwässerung haben, sowie die Gemeinde mit der Karl-, der Schulstraße innerhalb dieses Rayons und der Ulmenstraße zur Hälfte tragen, pro qm 2.00 M., während die direkt anliegenden Grundbesitzer pro sqm in die übrigen Kosten aufzubringen haben. Punkt 2. Die Wonnitz der Armenkassen - Rechnung pro 1891/92 wurde durchgenommen und die Rechnung festgesetzt; bezüglich einiger Rückstände soll in der nächsten Sitzung des Gemeinderaths weitere Aufklärung gegeben werden. Punkt 3. Verschiedene Abgangsbordres wurden durchgenommen und bewilligt. Nachdem sodann noch einer Witwe die Abgaben zu erlassen beschlossen, wurde die Sitzung nach Verlesung des Protokolls vom Vorsitzenden um 11 Uhr geschlossen.

Oldenburg, 19. Juli. Die Mitglieder des Volksvereins, sowie Freunde desselben sind am die am Donnerstags Abend angelegte Mitgliederversammlung besonders aufmerksam gemacht. Mit Rücksicht darauf, daß der Besuch der Versammlungen in letzter Zeit sehr zu wünschen übrig gelassen hat, so ist ein allseitiges Erscheinen in Zukunft dringend erforderlich.

Oldenburg, 19. Juli. Eine nicht unbedeutende Verletzung zog sich dieser Tage ein Soldat in einer hiesigen Wirthschaft dadurch zu, daß ihm ein schweres Glas vom

Tresen herab an das Bein fiel. Die dadurch entstandene mehrere Centimeter lange Wunde machte seine Ueberführung nach dem Lazareth erforderlich, woselbst ihm die Wunde zugenäht werden mußte.

Vermischtes.

— Zur Futtermoth. In den bäuerlichen Kreisen ist man über die Haltung des Reichstages und der Reichsregierung gegenüber der Futtermoth sehr verstimmt, ganz besonders darüber, daß man die Nothdur nicht ausweichen will. Ueber die Nothdur wird aus Hessen berichtet: In der Kreisratsitzung zu Frankenberg wurde beschlossen, zur Linderung der Futtermoth (zur Beschaffung von Viehfutter) eine Anleihe von M. 100 000 zu einem Zinsfuß bis zu 4 Prozent aufzunehmen und die Zinsen auf den Kreis zu übernehmen. — Die Regierungen der thüringischen Staaten bemühen sich, wie der „Frankf. Stg.“ geschrieben wird, nach besten Kräften um die Linderung der Futtermoth. Auch die Sparkasse in Eisenach hat 100 000 M. bewilligt, davon 25 000 M. als Geschenk, 75 000 M. als zinsfreies Darlehen auf zwei Jahre. Solche Hilfe ist an vielen Stellen erwünscht, denn der kleine Besitzer kann die hohen Futtermittel aus eigenem Vermögen nicht mehr bezahlen. Die Preise sind enorm gestiegen. Für den Genuß der Partweise in Käsen wurden 225 gegen 50 M., für das ansiehende Futter auf den herrschaftlichen Wiesen in Greiz 5570 gegen 1000 M. in früheren Jahren gefuß. Zu der Futtermoth ist jetzt noch an vielen Stellen Wassermangel hinzugesetreten. Manche Ortshaften sind auf die Hilfe der Nachbardsörfer angewiesen, deren Brunnen noch Wasser geben. In einigen Städten können die vorhandenen Wasserquellen nur drei bis vier Stunden täglich benutzt werden. — In Bayern hat, bemeldeten Blatte zufolge, der Staatsminister v. Feilich eine Dienstreise nach Nordbayern angetreten, um sich persönlich von der Futtermoth zu überzeugen und die zur Abstellung getroffenen Maßregeln zu prüfen. Die Regierung hat viel für die Landwirthe gethan, leider aber ohne ordentliche Organisation. Viele nothleidende Bauern wissen jetzt noch nicht, was die Regierung in finanzieller Hinsicht geleistet hat. Reichliche Mittel wurden zur Verfügung gestellt — z. B. für Mittelfranken 300 000 M., für Oberfranken, das nur in den Orten von Rulmbach bis Bamberg arm an Futter ist, 50 000 M. —, aber die nothleidenden Bauern wurden nicht rechtzeitig davon unterrichtet und nicht aufgefaßt, an wen sie sich wenden sollten und welcher Art die Bedingungen seien, unter denen Futtermittel und Geld zur Verfügung standen. Es ist leider wahr, daß noch heute die erforderlichen Bedingungen vielfach unbekannt sind. Die erhaltenen Darlehen sollen in drei Jahresraten zurückgegeben werden, die erste im Jahre 1894 am 1. Oktober, die letzte 1896. Wäre das den Leuten bekannt gewesen, so würden sie ihr Vieh nicht verschleudert haben; daß dies geschah, fällt der Mangelhaftigkeit der Hilfsorganisation und somit der Regierung zur Last. Minister v. Feilich, welcher gestern in Bayreuth eingetroffen ist, wird sich in den Distrikt von Rulmbach bis Bamberg begeben und dort die total verjagten Wiesen und die leeren Bauernhöfe selbst anschauen, aber er wird sich sagen müssen: unsere staatliche Hilfe kam zu spät und weil sie den Bauern nicht zu rechter Zeit bekannt wurde, kam sie zu spät.

— Ein Bild von dem elenden Dasein, das die Masse der deutschen Arbeiter im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitze zu führen gezwungen ist, bietet die vom „Centralblatt für das Deutsche Reich“ veröffentlichte Uebersicht über die ortsbüchlichen Tagelöhne Tagelöhner, ein Bild, so beschämend, daß man sich in der That fragen muß, ob die Zahlen, die sich hier dem Auge präsentiren, Deutschland in der That berechtigen, sich ein Kulturland zu nennen. Nach diesen amtlich ermittelten Daten schwanden die ortsbüchlichen Tagelöhne erwachsener Männer meistens zwischen 1 und 2 Mark und erreichen nur in den besten Fällen, soweit einige größere Städte mit ihren Vororten in Betracht kommen, die fabelhafte Höhe von 3 M. In Berlin zum Beispiel, der theuersten Stadt Deutschlands, wo eine elende Wohnung im fünften Stock des zweiten Winterhauses nicht unter 300 M. zu haben ist, ist ein Lohn in Höhe von 2,70 M. ermittelbar worden. Hier, wo der Arbeiter relativ noch am besten gestellt ist, giebt er also den dritten Theil seines Einkommens allein für Miete aus. Und das sind, wie bekannt, günstige Verhältnisse gegenüber denen, in welchen der Arbeiter im Osten unter dem Joch des rütheligen Gutsherrn frohnet. Selten steigt der ortsbüchliche Tagelohn dort höher als auf 1 M., ja, weite Distrikte giebt es, wo er noch unter 1 M. beträgt. So in einigen Gebieten Schlesiens, wo 85 Pfennige als ortsbüchlicher Tagelohn gelten. Muß man sich da nicht fragen, ob Derjenige, der mit diesem Bettelbrotte sich selber und seine Familie ernähren soll, wirklich noch das Bewußtsein haben kann, daß er Mensch ist? Wahrlich, aufs hda, sie muß unter solchen Umständen bemundert werden, daß die Arbeiter in den östlichen Provinzen noch die Energie haben, den unmenslichen Zuständen in ihrer Heimath den Rücken zu kehren und ihren Lebensunterhalt in den größeren Städten oder im Westen überhaupt zu suchen. Harten hier ihrer auch neue Sorgen, zu lernen sie doch mit der Zeit durch das ihnen von den einheimischen Arbeitern gegebene gute Beispiel, sich an menschlichere Verhältnisse zu gewöhnen, und, geboben durch den Einfluß der Sozialdemokratie, eine der edelsten Tugenden, das Selbstbewußtsein, zu üben. Dafür, daß die Arbeiter auch im Westen und in den größeren Städten sich nicht der gefügigten, trügen Ruhe hingeben, sorgen schon die Unternehmer, die es meisterhaft verstehen, im Kampfe mit den Arbeitern um um die Lohn- und Arbeitsbedingungen die Oberhand zu

behalten. In dem Gebiet zwischen dem Unterlauf der Oder und der holländischen Grenze bilden 1,5 M. bis 2 M. die Regel, zum Theil steigt der Lohn auf 2,5 M. und wie gesagt, in ganz seltenen Fällen — so in Hamburg, wo, nebenbei bemerkt, die Arbeiter gewerkschaftlich noch verhältnißmäßig am besten organisiert sind, auf 3 M. Der Regierungsbezirk Potsdam, die Provinz und das Königreich Sachsen, Braunschweig, Thüringen und Anhalt, weisen recht verschiedene Verhältnisse auf. Im allgemeinen schwanken auch hier die Löhne noch zwischen 1 und 2 M. um sich dann in den Industrieländern auf 2,50 M. und auch auf 3 M. zu heben. In West- und Süddeutschland herrscht ein Lohn von 1,50—2 M. vor, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in mehreren sonstigen kleinen Bezirken beträgt er im Durchschnitt 2,50 M. Verhältnißmäßig niedrig ist der Lohn auch in den ländlichen Bezirken Bayerns. Im großen Ganzen zeigt diese Statistik der besser gestellten, weil in Beschäftigung stehenden Arbeiter, wie unendlich groß das Feld noch ist, das die Arbeiterpartei und deren Organisationen noch zu beackern haben, damit das Unkraut der Genügsamkeit endlich ausgejätet werde und das arbeitende Volk zunächst den Theil vom National Einkommen fordere, der der Arbeiterschaft in ökonomisch vorgeschrittenen Ländern wie England und Amerika heute schon zugesanden ist.

— Ueber die Zahl der Parlamentarier in den verschiedenen Staaten giebt folgende Zusammenstellung Aufschluß. Der deutsche Reichstag hat 397 Mitglieder; die französische Deputirtenkammer 584, der französische Senat 300; das englische Unterhaus 670, das englische Oberhaus 341; die italienische Kammer 508, der italienische Senat 360; der schweizerische Nationalrat 147, der schweizerische Ständerath 44 (2 auf jeden Kanton); der österreichische Reichsrath hat ein Abgeordnetenhaus von 353 und ein Herrenhaus von 229 Mitgliedern; die ungarische Abgeordnetenkammer hat 413 und die ungarische Magnatenkammer 933 Mitglieder; der amerikanische Kongreß 444 Mitglieder — wovon 356 auf das Repräsentantenhaus, 88 auf den Senat (2 Vertreter für jeden Staat) entfallen; das dänische Folkething hat 102, das dänische Landsting 66 Mitglieder; die spanische Cortes 432 Deputirten und 360 Senatoren; der schwedische Reichstag 228 Abgeordnete der ersten und 147 Mitglieder der zweiten Kammer; die niederländischen Generalkammern haben 100 Mitglieder der zweiten und 50 Mitglieder der ersten Kammer.

— Vergiftung durch Hühnerweiß. In der „Berl. Min. Wochenschrift“ wird eine Krankengeschichte von Vergiftung durch Hühnerweiß mitgeteilt, die in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Es handelt sich dabei um eine Vergiftung von 6 Personen einer Familie durch Genuß eines Badinglances, die aus dem seit etwa acht Tagen aufbewahrten Hühnerweiß, dessen Dotter anderweitig zur Verwendung gekommen waren, bereitet war. Schon bei dem Schlagen des Eiweißes zu Schaum war der etwas dicke Geruch und die trübe Farbe der sonst in einem reinen Glasgefäße an kühlem Orte aufbewahrt gemessenen Masse aufgefallen, die sich außerdem durchaus nicht zu Schaum schlagen ließ. Durch Zusatz von dem Eiweiß einiger frischen Eier war es indeß der parlamentarischen Hausfrau möglich, auch die erste Portion noch zu der Sauce zur Verwendung zu bringen. An dem Geschmacks fand sich durchaus keine Veränderung, sobald die süße Speise mit Genuß verzehret wurde. Erst etwa fünfzehn Stunden danach traten indeß bei allen den Mitgliedern der Familie, die wenig oder mehr von der Sauce genossen hatten, heftige Vergiftungserscheinungen auf, die sich in lähmungsartiger Schwäche der gesamten Muskulatur des Körpers, beschleunigter Herzthätigkeit, starkem Uebelbefinden, Würgen, Erbrechen u. s. w. kundgaben und erst nach energischer therapeutischer Einwirkung zum Schwinden kamen, indeß noch eine allgemeine Abspannung für den Zeitraum einer Woche zurückließen. Die Erscheinungen waren ganz ähnlich denen, die sich nach Bursch-, Fleisch- und Fischvergiftungen zeigen, die zweifellos alleammt auf einer sauligen Ferzeugung von Eiweißstoffen beruhen. Hier hatte es nur zu ihrem vollständigen sauligen Zerfall noch der Einwirkung des Magensaftes bedurft, wodurch die längere Verödgerung der Vergiftungsercheinungen sich allein erklären läßt. Für unsere Hausfrauen liegt in diesem Fall ein Fingerzeig, die Sparlichkeit nicht zu weit zu treiben und ja vor dem Gebrauch des zurückgestellten Eiweißes auf Farbe, Geruch und Dichtigkeit zu achten.

— Dynamitattentat. In Gabsong (Böhmen) wurde vorlesige Nacht in das Geschäftshaus der Glasfabrikfirma Gebrüder Mahla eine Dynamitbombe geworfen, welche explodirte, mehrere Einrichtungsgestüde zerstörte und von der gegenüberliegenden evangelischen Kirche zehn Fensterscheiben einbrückte. Vermuthlich wurde das Attentat von Arbeitern verübt, welchen am Sonnabend in Folge schlechten Geschäftsganges gekündigt worden ist.

— Aus London wird ein Großfeuer gemeldet, wie man es seit einer langen Reihe von Jahren nicht mehr gesehen hat. Das Häusergeviert zwischen St. Mary, Ave, Devis, Marks und Barb Street ist vollständig abgebrannt. Ueber 30 größere Geschäftshäuser wurden durch die Feuerbrunst, die in einer Druckerei entbrant, in Asche gelegt.

Dulting.

Für den Wahlend sind eingegangen: Liste 7 von G. E. 1 M. Der Vertrauensmann.

Schwaffer.

Vant-Wilhelmshaven.

Donnerstag, den 20. Juli. Vorm. 5.52 Nachm. 6.08.

7 **Normal - Flanell**
per Meter 35 Pfg.
B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.
84 cm breite, feine
Kleider-Kattune
Madapolame
per Meter 30 Pfg.
Starkfädige Druck-Kattune
bestes Fabrikat, per Meter 35 Pfg.
B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Mein Lager in eichenen und kiefern
Särge
sowie alle Arten
Leichenbekleidungs-Gegenstände
halte bei Bedarf empfohlen.
Wäschepfähle
stets vorrätig.
Beushausen, Bant,
Nordstraße.
Gutes Logis für 1 oder 2 jg. Leute.
Grenzstraße 82, 1.

Zu vermieten
auf sofort oder später eine möblierte oder
unmöblierte Stube, auch zu einem Laden
passend.
Beushausen, Bant, Nordstraße.

Flüssige
Kohlensäure
in Flaschen von 10 Kilo, à Kilo 1 Mark.
Johann Fangmann,
Bismarckstraße 59.

Fertige Möbel
stets auf Lager.
Robert Siebel,
Zihsler,
Oldenburg,
1. Kirchhofstr. 5.

A. Diermann
Oldenburg, Saarenstr. 10.

Empfehle allen Freunden und Genossen
mein
Tabak- und Cigarren-
Geschäft.
Dasselbe bietet Waare in allen Preislagen
und empfehle ich besonders eine gute
5 und 6 Pf.-Cigarre.
Große Auswahl in
langen u. kurzen Pfeifen
Cigarrenspitzen, Portemonnaies etc.
J. Diermann,
Oldenburg, Saarenstr. 10.

Das diesjährige erste Jugend-Schützenfest

der
Gemeinde Heppens (östl. Theil)
findet
Sonntag den 30. und Montag den 31. Juli statt.

Programm:
Sonabend den 29. Juli, Abends 8 Uhr: Zapfenstreich.
Sonntag den 30. Juli, Morgens 6 Uhr: Beden.
Sonntag und Montag, Nachmittags 2 Uhr: Versammlung
der Kinder bei der Schule, Durchmarsch durch das Dorf.
Nach dem Durchmarsch:
Königsschiessen und Volksbelustigungen.
Proklamation des Königs.
Hierauf: BALL.
Zu zahlreichem Besuche wird freundlichst eingeladen.
Das Festkomitee.
NB. Es können noch einige Schau- und Kuchenbuden zugelassen werden.

Reste-Ausverkauf

beginnend am
Montag den 17. ds. Mts.

Die noch vorhandenen Reste in **Kattun, Barchend,
Bettzeug, Inlets, Hemdentuch, Shirting,
Piqué, Damast, baumw. Kleiderstoffen** usw.
kommen zu **enorm billigen Preisen** zum Verkauf.

Wilh. Hoting,
Marktstraße 25.

Georg Frerichs, Uhrmacher

empfehle fein Lager aller Sorten
Taschen-Uhren in Gold, Silber, Neusilber u. Nickel.
Regulateure, Wand- und Beck-Uhren.
Uhrketten in Gold, Silber, Doublee, Weissmetall, Nickel etc.
Sämmtliche Goldsachen,
 Brillen, Thermometer, Barometer u. s. w.
verkaufe von heute bis zum 29. d. M. zu herabgesetzten Preisen.

Das Schönste und Beste
was je geboten
wurde!

Neu!

ver-**an**kauf
anderer
-wagen
erwäge man diese!



Als Sitz-
und Liegewagen
zu benutzen! Grösste
Auswahl in allen Preislagen!

Neu!

Stets in grösster Auswahl und zu niedrigst gestellten Preisen vorrätig bei
Ed. Buss, Bismarckstrasse 56a.

Gesangverein Frohsinn.

Donnerstag den 20. Juli
Abends 8 Uhr
Vorstandssitzung
im Vereinslokal „Zur Arche“.
Die Inhaber von Karten zum
Ausflug werden gebeten, behufs
Abrechnung gleichfalls dort zu er-
scheinen.
Der Vorsitzende.

Allg. Kranken- und Sterbekasse
der
Metallarbeiter
(E. G. Nr. 29).
Sonntag den 23. Juli 1893
Nachmittags 2 Uhr

General-Versammlung
bei Hemmen, „Hof von Oldenburg“.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gasthof zum Ems-Jade-Kanal.
Sonntag den 23. Juli,
von Nachm. 3 Uhr ab:

Auskegeln
von 1000 Zigarren
und einer neuen Taschenuhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
F. W. Sommer.

Codes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem die traurige Nachricht, daß
meine liebe Frau und ihrer Kinder
treuergebene Mutter

Ida geb. Scharnberg
nach langer, schwerer Krankheit gestern
Abend 9 1/2 Uhr verstorben ist. Um
sille Theilnahme bittet
Bant, 19. Juli 1893
Ludwig Paske
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag,
20. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause, Schmiedestr. 19., aus statt.

Codes-Anzeige.

Heute Nachmittags 5 Uhr entschie-
sanft und ruhig nach kurzem, schwerem
Leiden unsere liebe, unvergeßliche
Tochter

Frieda
im blühenden Alter von 10 Jahren,
was wir hiermit allen Freunden und
Bekanntem tiefbetrübt zur Anzeige
bringen.
Bant, den 18. Juli 1893.
Reinhold Pohl
nebst Frau und Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag,
Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause,
Wilhelmshavenerstraße 22, aus statt.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekanntem die
traurige Nachricht, daß am 18. d. M.
Nachmittags 6 1/2 Uhr, nach kurzer
aber heftiger Krankheit unser liebes
Töchterchen und Schwesterchen

Catharina
im zarten Alter von 9 Monaten sanft
entschlafen ist, nachdem ihr am 28.
v. Mts. ihr kleines Brüderchen Martin
in die Ewigkeit voranging.
Die trauernden Eltern:
Wilhelm Pelzer u. Frau
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag den
21. Juli, Nachmittags 3 Uhr, vom
Trauerhause, Grenzstr. 18, aus statt.